



Zur Beachtung!

Dieses Manuskript ist urheberrechtlich geschützt. Der vorliegende Abdruck ist nur zum privaten Gebrauch des Empfängers hergestellt. Jede andere Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Urheberberechtigten unzulässig und strafbar. Insbesondere darf er weder vervielfältigt, verarbeitet oder zu öffentlichen Wiedergaben benutzt werden. Die in den Beiträgen dargestellten Sachverhalte entsprechen dem Stand des jeweiligen Sendetermins.

Beitrag: **Familienstiftungen: Milliardengeschenke für Superreiche**

Bericht: Jan Schmitt, Lutz Polanz, Charlotte Rothe

Datum: 11.09.2025

Georg Restle: "Und damit zur Innenpolitik und zu dem Thema, das uns seit Wochen beschäftigt wie kein anderes. Kaum ein Interview, kaum eine Rede des Bundeskanzlers kommt gerade ohne dieses Thema aus, den angeblich viel zu teuren, deutschen Sozialstaat."

Friedrich Merz (CDU), Bundeskanzler, 03.02.2025: "Wir können uns dieses System, was wir heute so haben, mit dem, was wir wirtschaftlich so erwirtschaften in dieser Bundesrepublik Deutschland einfach nicht mehr leisten."

Georg Restle: "Jede Menge ließe sich da sparen, sagt der Kanzler, vor allem - na klar - beim Bürgergeld. Aber ist das auch wirklich so? Da lohnt sich dann doch schon mal ein Blick auf die Zahlen. Optimisten rechnen da mit rund drei Milliarden Euro, die eingespart werden könnten – durch schärfere Sanktionen, weniger Leistungen, mehr Leute in Arbeit. Aber selbst wenn dieses Ziel erreicht werden sollte, wären das gerade mal 0,6 % des Bundeshaushalts. Keine großen Einsparungen also; aber offenbar geht es darum auch gar nicht wirklich; sondern um etwas ganz anderes. Und deshalb sollte man jetzt sehr genau zuhören, was ein Mann wie Markus Söder da im Sommerinterview von sich gegeben hat."

Markus Söder (CSU), Ministerpräsident Bayern, 24.08.2025: "Wenn Sie sich mal anschauen, die Hälfte der Menschen, die Bürgergeld beziehen, sind nicht Deutsche. Und bei der Rente sind es überwiegend alles - seit Jahrzehnten logischerweise - deutsche Staatsbürger. Da habe ich meine Prioritäten klar, Schutz bei der Rente und Reform und Abschaffung des Bürgergelds."

Georg Restle: "Erstaunlich offen. Darum geht es also? Um die Spaltung der Gesellschaft? Es ist schon eine ziemlich perfide Aussage, die nicht nur ausländerfeindlich ist, sondern schlicht falsch."

Was der bayerische Ministerpräsident nämlich verschweigt: Rund 6 Millionen Nicht-Deutsche sind sozialversicherungspflichtig beschäftigt, zahlen also in die deutsche Rentenkasse ein. Das entspricht 18 Prozent der Beschäftigten, also mehr als ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung. Und es könnten noch viel mehr sein, wenn Deutschland die Zuwanderung in den Arbeitsmarkt erhöhen und Menschen, die hierherkommen, schneller arbeiten lassen würde. Auch hierzu gibt es Berechnungen: Würden wir die Zuwanderung nach Deutschland nur um 200.000 Menschen pro Jahr erhöhen, würden die öffentlichen Haushalte bei den Sozialausgaben langfristig um jährlich 104 Milliarden Euro entlastet werden. Doch genau diese Diskussion meidet die Union. Mehr Zuwanderung passt eben nicht ins politische Profil, genauso wenig wie die Forderung, diejenigen stärker ranzunehmen, die es sich leisten können. Doch statt die so genannten Überreichen stärker zu besteuern, haben Regierungen ihnen immer wieder neue Wege eröffnet, ihr Milliardenvermögen fast steuerfrei zu vererben. Und dabei spielt ein Instrument eine entscheidende Rolle, das so schön gemeinnützig kling: Familienstiftung. Hat mit Gemeinnützigkeit allerdings nicht das Geringste zu tun; ganz im Gegenteil. Jan Schmitt, Lutz Polanz und Charlotte Rothe."

Beginnen wir bei diesem Mann: Heinz-Hermann Thiele - ein Multimilliardär - war mal einer der reichsten Menschen in Deutschland. Thiele hatte das Sagen bei großen Konzernen wie der Vossloh AG oder Knorr-Bremse. Und auch bei der Lufthansa war er dick im Geschäft. Als Thiele 2021 starb, hinterließ er Frau und Tochter ein Mega-Erbe; von 15 Milliarden Euro ist in Medien die Rede. Und dann passierte, was sonst quasi nie passiert. Die Familie zahlte darauf eine Rekord-Erbchaftsteuer: rund vier Milliarden Euro. Die gingen an das Finanzamt im bayerischen Kaufbeuren, wo sich die Beamten gewundert haben dürften.

Julia Jirmann, Netzwerk Steuergerechtigkeit: "Finanzbeamte bezeichnen die Erbschaftsteuer in Deutschland auch häufig als Dummensteuer, weil sie vor allem von denen gezahlt wird, die nicht planen, die nicht gestalten."

Die Dummen, das sind vor allem die Erben kleinerer Vermögen - nehmen wir mal eine Million Euro. Darauf zahlen sie eine Erbschaftsteuer von im Schnitt 20 Prozent. Erben von Milliardenvermögen zahlen dagegen meist gar nichts. Julia Jirmann vom Netzwerk Steuergerechtigkeit beobachtet, wie sich besonders reiche Erben aus der Verantwortung ziehen können.

Julia Jirmann, Netzwerk Steuergerechtigkeit: "Wir haben in Deutschland - glaube ich - einige wenige Familiendynastien, die jedes Jahr Millionen-, teilweise Milliardenbeträge erben und darauf eben teilweise keine Steuern zahlen müssen; und das aufgrund von weitreichenden Ausnahmen."

Und genau um solche Ausnahmen geht es jetzt. Solche, die eigentlich ganz nett klingen: Wie "Familienstiftungen". Die liegen bei Deutschlands Firmenerben gerade schwer im Trend. Rund 300 neue waren es jeweils 2022 und 23. Mittlerweile ist jede zweite neu gegründete Stiftung eine Familienstiftung. Felix Oldenburg ärgert sich darüber. Er war Generalsekretär des Bundesverbandes Deutscher Stiftungen; 2020 ist er zurückgetreten.

Felix Oldenburg, Bcause, Plattform für Stiftungsgründungen: "Ich halte es für völlig verwirrend, dass wir den Begriff Stiftungen, der eigentlich in der öffentlichen Wahrnehmung das gemeinnützige Stiften, die Großzügigkeit, das Investieren fürs Gute meint, in den vergangenen 10 Jahren so infiziert haben durch ein Instrument Familienstiftung, das in allererster Linie zur Vermeidung von Steuern geeignet ist."

Auch Milliardär Heinz Hermann Thiele wollte eine Familienstiftung gründen. Aber noch bevor es dazu kam, ist er gestorben. Und die Erben zahlten die vier Milliarden Euro Erbschaftsteuer. Die Familie teilt uns mit, Thiele sei es bei der Familienstiftung darum gegangen.

Zitat: "sein unternehmerisches Lebenswerk zu sichern" „Steuern zu sparen, war nicht der Grund für die Gründung der Stiftung."

Im Gegenteil habe Thiele

Zitat: "bereits zu Lebzeiten Vorsorge für eine spätere Zahlung von Erbschaftssteuer getroffen."

Ob das so stimmt, können wir nicht überprüfen. Was wir aber wissen ist, dass über Familienstiftungen Milliarden an Erbschaftsteuern gespart werden. Wie das geht? Achtung; jetzt wird's ein bisschen kompliziert. Seit 2016 gibt's in Deutschland eine Sonderregelung: Erben von Firmen, die über 26 Millionen Euro wert sind, müssten darauf eigentlich Erbschaftsteuer von bis zu 30 Prozent bezahlen. Eigentlich - denn, wenn die Erben nachweisen, dass sie nicht genug Geld haben, fällt die komplette Erbschaftsteuer darauf weg. Im Behördendeutsch heißt das "Verschonungsbedarfsprüfung" Und gemeinsam mit einer Familienstiftung ist es das perfekte Schlupfloch, mit dem superreiche Firmenerben ganz einfach den lästigen Steuern entkommen können. Wie das genau funktioniert? Der Vermögende trennt die Firmenanteile vom sonstigen Vermögen, zum Beispiel Bargeld. Dann gründet er eine Familienstiftung und überträgt die Firmenanteile an sie. Das Geld landet bei den Angehörigen. Stirbt dann der Vermögende etwa, prüft das Finanzamt nicht, ob die Erben, sondern nur ob die Familienstiftung die Erbschaftsteuer auf die Firmenanteile zahlen kann. Und weil die ja kein Geld hat, muss sie auch die Steuer nicht bezahlen - geradezu genial. Und deshalb seien Familienstiftungen für immer mehr Unternehmen so attraktiv, meint Felix Oldenburg. Ihn ärgert,

Felix Oldenburg, Bcause, Plattform für Stiftungsgründungen: "Dass Familienstiftungen eben zu diesem Erbschaftsteuervermeidungsinstrument geworden sind, von einer Vermögensverteidigungsindustrie, wie man das nennen kann, und die erzeugt dann bei den Vermögen wiederum den Eindruck, du bist ja dumm, wenn du das nicht machst, weil alle anderen machen das auch. Und so haben wir so einen Wettlauf hin zur Null, die wir sonst in Vergleichsländern nicht haben."

Allein 2024 wurden 45 Großvermögen übertragen, im Wert von rund 12 Milliarden Euro. Die durchschnittliche Steuer darauf: 1,5 Prozent - dank Verschonungsbedarfsprüfung. Aber manchen ist selbst das zu viel. Hier in Bayern sind die Thiele-Milliarden gelandet. Auf einem Hoffest in Rottenburg an der Laaber treffen wir den stellvertretenden Ministerpräsidenten, Hubert Aiwanger. Er will solches "Erbschaftsteuergeld" eigentlich gar nicht haben. Denn Aiwanger hat ein Herz für Milliardäre.

Hubert Aiwanger (Freie Wähler), Stellv. Ministerpräsident Bayern: "Auch ein Milliardär ist ja nicht ein Taugenichts, sondern in vielen Fällen hat er ein Großunternehmen mit zehntausenden Arbeitsplätzen aufgebaut und ist damit plötzlich Milliardär über Jahre hinweg. Dann soll er seine Milliarde haben. Der ist häufig auch nicht glücklicher als der andere, der Zehntausend Euro auf der Sparkasse hat. Also hören wir mal auf zu meinen, wenn wir die Milliardäre und die Millionäre köpfen, würde es den anderen besser gehen, sondern ich würde mir wünschen, wir hätten noch mehr reiche Familien in Deutschland, die noch mehr investieren, die noch mehr Arbeitsplätze schaffen."

Und Erbschaftsteuern würden den Unternehmen erheblich schaden, sagt nicht nur Hubert Aiwanger. Aber stimmt das überhaupt? Wie sah das eigentlich im Fall Thiele aus?

Julia Jirmann, Netzwerk Steuergerechtigkeit: "Im Fall Thiele sehen wir, dass auch ohne Probleme die Zahlung gezahlt werden konnte, und das nicht nur gestreckt über viele Jahre, sondern eben im Prinzip aus der Portokasse sofort."

Auch die Familie Thiele schreibt, dass die

Zitat: "Zahlung der Erbschaftsteuer (...) keine Auswirkungen auf die Liquiditätssituation und Ausschüttungspolitik der Unternehmen" gehabt habe.

Also doch kein allzu großer Schaden für Unternehmen? Hubert Aiwanger will die Erbschaftsteuer trotzdem abschaffen und der bayerische Landesvater meint im Sommerinterview:

Markus Söder (CSU), Ministerpräsident Bayern, 24.08.2025: "Ich würde die Erbschaftsteuer generell senken, um mindestens die Hälfte."

Und auch die CDU bleibt dabei: Reiche sollen nicht stärker belastet werden.

Friedrich Merz (CDU), Bundeskanzler, 03.02.2025: "Gerade bei der Erbschaftsteuer müssen wir sehr darauf achten, dass Familienunternehmen in der nächsten Generation ohne Substanzverlust fortgeführt werden können. Keine Anhebung der Erbschaftsteuer."

Hubert Aiwanger war übrigens der einzige angefragte Politiker, der uns ein Interview geben wollte. Weder SPD-Finanzminister Lars Klingbeil, der auf Beratungen in der Koalition verweist, noch Markus Söder, oder ein einziger Abgeordneter der Union wollte mit uns sprechen. Sie schreiben:

Zitat: "Wir bitten um Verständnis, dass die Unionsfraktion sich zu Ihrer Anfrage nicht äußert."

Sorry, aber dafür haben wir kein Verständnis!

Georg Restle: "Und übrigens: Ohne solche Schlupflöcher könnten jährlich round about 10 Milliarden Euro mehr an Erbschaftsteuern fließen. Damit könnten Kommunen jede Menge anfangen, Schulen, Kindertagesstätten oder Sportplätze. Und, das ist mehr als doppelt so viel wie die Union beim Bürgergeld einsparen will."